

NACHRICHTEN

Weniger neue Motorfahrzeuge in Liechtenstein

VADUZ - Im August dieses Jahres wurden in Liechtenstein 175 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Dies ist gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ein Minus von 11 Prozent.



Wie aus der gestern vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Motorfahrzeugstatistik hervorgeht, handelte es sich bei 139 der 175 Fahrzeuge um Personenwagen. Die Zahl der neuen Personenwagen liegt somit nur um drei Einheiten unter dem August-Wert 2002. Anders ausgedrückt: Bei den Personenwagen musste lediglich ein Rückgang um 2 Prozent verzeichnet werden. In der Gesamtaddition aller Monate von Januar bis August 2003 wurden 1720 (im Vorjahr 2002) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt, davon waren 1264 (1519) Personenwagen. In den ersten acht Monaten ergibt sich somit bei den Fahrzeugen ein Rückgang von 18 Prozent und bei den Personenwagen ein Minus von 17 Prozent.

VW weiter klare Nummer 1

In Liechtenstein ist VW weiterhin unangefochten die meistverkaufte Marke. Im August lag VW bei den Personenwagen mit 25 verkauften Fahrzeugen vor Toyota (15), Mercedes (11) und Audi (8). Von Januar bis August 2003 wurden 207 Personenwagen der Marke VW immatrikuliert, das sind 16 Prozent aller Autos. Die Plätze 2 bis 10: Toyota (131), Audi (96), Opel (78), Mercedes-Benz (77), BMW (75), Renault (61), Ford (56), Mazda (51) und Peugeot (39). (mf)

POLIZEIMELDUNGEN

Einbruch in Wohnhaus

MAUREN - Am Dienstag, 2. September, stieg eine unbekannte Täterschaft zwischen 15.30 Uhr und 21.30 Uhr in ein Wohnhaus ein. Die Täterschaft entwendete aus einem Schmuckkasten diverse Ringe. Weiters wurde ein Tresor gestohlen. Der genaue Vermögensschaden ist derzeit noch nicht bekannt.

Einbruch in Mehrfamilienhaus

SCHAAN - Über ein gekipptes Fenster gelangte eine unbekannte Täterschaft am 2. September in ein Mehrfamilienhaus. Durch den Einbruch entstand ein Sachschaden von ca. 250 Franken. Nach derzeitigem Erkenntnisstand entwendete die Täterschaft nichts.

Sachbeschädigung an Personenwagen

VADUZ - Am 2. September beschädigte eine unbekannte Täterschaft ein geparktes Fahrzeug im Bereich des Spörryareals. Der Audi S4 wurde auf einer Länge von 2.4 Metern zerkratzt. Am Fahrzeug entstand erheblicher Sachschaden.

Selbstunfall

BALZERS - In der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag fuhr ein vermutlich angegrünter Fahrer rückwärts mit seinem Personenwagen gegen eine Gartenmauer. Der Bewohner des Anwesens wurde durch den Lärm auf den Unfall aufmerksam gemacht und verständigte die Landespolizei. Nachdem die Landespolizei am Unfallort eintraf und dem Unfallverursacher mitteilte, dass dieser zwecks einer Blutentnahme ins Spital Vaduz mitgenommen werden müsse, verhielt sich der Lenker des Personenwagens renitent. Der Unfallverursacher schlug in der Folge die Polizisten, trat diese und beschädigte die Brille eines Beamten. Bei der Amtshandlung musste Pfefferspray eingesetzt werden. (lpfl)

«Kein Rappen mehr Lohn»

Sparmassnahmen: Regierung Hasler geht mit gutem Beispiel voran

VADUZ - Entgegen irreführender Meldungen gewisser politischer Kreise wird die Regierung keine Gehaltsaufbesserung für das kommende Jahr beantragen. «Die Regierung wird keinen Rappen mehr Lohn bekommen, eine Verbesserung des Gehaltes stand schon aufgrund der wirtschaftlichen Lage nie zur Debatte», erklärte Regierungschef Otmar Hasler gegenüber dem Volksblatt.

• Peter Kinde

In irreführender Art und Weise wollen politische Kreise den Eindruck in der Bevölkerung erwecken, dass die Regierung in Zukunft eine deutliche und massive Lohnverbesserung anstrebe. «32 000 Franken mehr Lohn für den Regierungschef» war in der vergangenen Woche nur eine der diversen Meldungen, die in der Presse nachzulesen waren und – wider besseren Wissens – für Unklarheiten in der Bevölkerung sorgten. Doch weit gefehlt: Regierungschef Otmar Hasler erklärte gestern gegenüber dem Volksblatt mit Nachdruck, dass die Regierung – gerade auch aufgrund der herrschenden Finanzlage in Liechtenstein – keine Lohnerhöhung erwäge.

Gezielte Manipulation von Informationen?

Auf die Volksblatt-Frage, ob es sich bei den Falschmeldungen der vergangenen Tage um eine gezielte Verleumdungskampagne gewisser oppositioneller Kreise handle, oder ob die Bevölkerung gezielt mit Falschinformationen manipuliert werde, führte Regierungschef



Regierungschef Otmar Hasler betonte, dass die Regierung «keinen Rappen mehr Lohn bekommt». Irreführende Medienberichte in der vergangenen Woche hatten noch das Gegenteil suggeriert.

Otmar Hasler aus, dass es im Jahr 2004 keine Anpassung der Besoldung der Regierungsmitglieder geben werde. «Die Kollegialregierung geht mit gutem Beispiel voran und verzichtet auf eine Anpassung der Bezüge».

Für das kommende Jahr würden deutlich weniger Einnahmen erwartet, jedoch betonte Regierungschef Otmar Hasler, dass die Regierung «das Budget ausgabenseitig unter Kon-

trolle hat». Insgesamt werde eine Stabilisierung angestrebt, so der Finanzminister.

Regierungslöhne: Status quo seit 12 Jahren

Die letzte reale Lohnanpassung der Regierungsmannschaft erfolgte vor nunmehr 12 Jahren. Obwohl der Vergleich mit benachbarten Kantonen und auch mit der Privatwirtschaft einen deutlichen Nachholbedarf betreffend Lohnanpassung aufzeigt, wird eine Aufdotierung der Gehaltsbezüge im kommenden Jahr nicht durchgeführt werden.

Im Bericht und Antrag zum neuen Besoldungsgesetz, welchen der Landtag im September in Beratung ziehen wird, ist ausgeführt, dass frühestens ab dem Jahr 2005 geringfügige Anpassungen erfolgen könnten.

Regierung übernimmt Verantwortung

Die Regierung übernimmt ihre Verantwortung und wird – sollten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Entwicklung der Staatsfinanzen künftig zum Positiven entwickeln – die Gehälter ausschliesslich im Gleichschritt mit den Lohnanpassungen der Beamten und Angestellten vornehmen. «Das Amt der Regierungsmitglieder ist sehr anspruchsvoll», so Otmar Hasler gegenüber dem Volksblatt, «dennoch ist das Verantwortungsbewusstsein der Regierung auch ohne eine Verbindung zum Gehaltsbezug zu schaffen, vorhanden. Es geht im Besoldungsgesetz auch darum, eine angemessene Entlohnung für kommende Regierungen sicherzustellen».

«Waffengebrauch mit aller Härte bestrafen»

Waffe auf Polizisten gerichtet – Frau muss 15 000 Franken Busse bezahlen

VADUZ / SCHAAN - Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat gestern eine Frau aus Schaan in dritter und letzter Instanz zu einer Geldstrafe von 15 000 Franken wegen versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt.

• Doris Meier

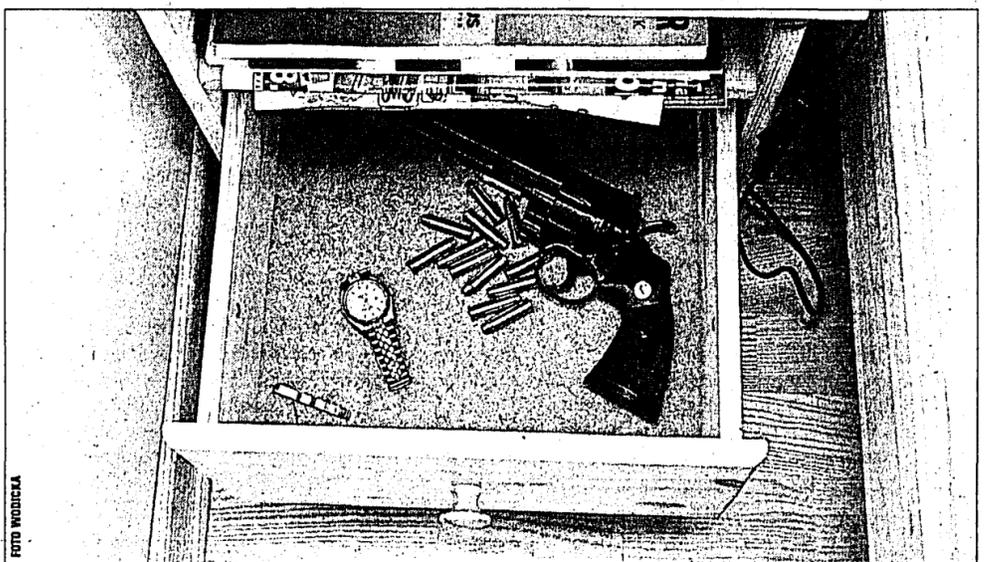
Ihr Mann war zuvor zu einer Haftstrafe von 18 Monaten bedingt verurteilt worden, weil er während eines Familienstreites durch eine geschlossene Zimmertüre geschossen und seinen Stiefsohn beinahe getroffen hätte.

Bestrafung mit aller Härte

«Es muss der Liechtensteiner Bevölkerung vor Augen geführt werden, dass Waffengebrauch mit aller Härte bestraft wird», betonte Hansjörg Rück, Präsident des Obersten Gerichtshofes Vaduz. Deswegen wurde dem Antrag des Staatsanwaltes Folge geleistet, der die vom Obergericht verhängte bedingte Strafe von 15 000 Franken als zu milde empfunden hatte.

Schüsse durch Zimmertüre

Der Familienstreit geriet ausser Kontrolle, nachdem sich der Sohn der jetzt verurteilten Frau in sein Zimmer zum Computerspielen zurückzog und sich einschloss. Da der Sohn wegen seiner Computersucht bereits seine Lehrstelle verloren hatte, wollte seine Mutter intervenieren und ihn vom Computerspie-



«Wenn Waffen im Spiel sind, ist jede Mildheit fehl am Platz», betonte Hansjörg Rück, Präsident des Obersten Gerichtshofes bei der Urteilsverkündung gestern in Vaduz.

len abhalten. Sie wies ihren Mann an, ihn zurechtzuweisen. Als der Junge sich weigerte, die Zimmertüre zu öffnen, trat sein Stiefvater diese kurzerhand ein, und es kam zu einer Schlägerei zwischen den beiden. Der Junge schaffte es jedoch, den Stiefvater aus dem Zimmer zu befördern und verbarrikadierte die Türe erneut. Rasend vor Wut holte sein Stiefvater eine geladene Pistole aus dem Elternschlafzimmer und feuerte zweimal durch die geschlossene Türe, wobei er den Jungen nur knapp verfehlte. Eingeschüchtert öffnete der Jugendliche die Türe und nachdem der erzürnte Mann

erneut einen Schuss abfeuerte, benachrichtigte er die Polizei. Die Behörden waren schnell zur Stelle und nahmen den Stiefsohn und den Stiefvater mit auf die Polizeiwache.

Die Frau blieb zurück. Als die Polizei mit der Durchsuchung der Wohnung beginnen wollte, stellte sie sich dazwischen und erschwerte die Durchsuchung. Die Behörden fanden trotzdem weitere Waffen in einem Schrank, darunter Langwaffen und einen Säbel, liessen die Waffen zwecks weiterer Untersuchungen jedoch an Ort und Stelle. Sie wiesen die Frau allerdings an,

mit auf die Polizeiwache zu kommen. Diese wehrte sich aber dagegen und griff letztendlich nach einer der Langwaffen und richtete diese auf die Beamten und drohte, dass sie geladen sei. Die Beamten gingen in Deckung, zumal ein Schuss aus der Langwaffe ihre kugelsicheren Westen durchdringen hätte können. Nach hitzigen Diskussionen konnten sie die Frau schlussendlich überwältigen und in Handschellen legen.

Die Frau betonte gestern vor dem Obersten Gerichtshof, dass ihr die Tat Leid tue und sie einen Fehler gemacht habe.